

## Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Haupt- und Personalamt</b>	Nr. <b>269/2021</b>
---	------------------------

**Betreff:**

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2022: Erläuterungen zum Stellenplan

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>
<b>Finanzausschuss</b> Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	07.12.2021
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	10.12.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	17.12.2021

**Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis.

### Erläuterungen:

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2022 eine Ausweitung der Planstellen um **netto 9,5**, auf insgesamt 1019,5 Planstellen vor. Die 9,5 Stellen sind weder refinanziert noch entfällt eine Kostenerstattung an Dritte. Eine 0,5 nicht refinanzierte Stelle ist bereits als Einsparung gegengerechnet.

Mit dieser Vorlage kommt die Verwaltung dem Wunsch der Politik nach, den Stellenplan näher zu erläutern.

- I. Das Jahr und der Stellenplan 2021 waren und sind geprägt von den Auswirkungen der Corona-Krise. Diese hat vor Augen geführt, dass die kommunale Ebene unentbehrlich bei der Krisenbewältigung ist. Bundes- und Landespolitik haben die zwingende Notwendigkeit der finanziellen Stärkung der Kommunen zumindest im Bereich der Krisenbewältigung erkannt. Bezogen auf die Corona Krise wurde durch den „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ entsprechend gehandelt und finanzielle Unterstützung für zusätzliches Personal zugesagt. Deutlich wurde in den letzten beiden Jahren jedenfalls, dass Krisen ohne motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen nicht bewältigt werden können. Handlungsfähigkeit ist aber auch in den anderen Verwaltungsbereichen und insbesondere auch nach der Corona-Krise Voraussetzung, um dem Dienstleistungsgedanken, nämlich vor allem für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit ansprechbar zu sein, gerecht zu werden. Dies erfordert den Einsatz von ausreichendem und gut qualifiziertem Personal. Das Ziel des Kreises ist dabei klar: Es müssen die Bereiche in der Verwaltung personell gestärkt werden, bei denen es auch zwingend erforderlich ist. Dabei geht immer Qualität vor Quantität.

Der Stellenplan sah für das Jahr 2021 999,5 Planstellen vor. Während der Planberatungen 2021 konnten ausgehend von insgesamt 1002 Planstellen noch einmal Stellen eingespart werden.

Für das kommende Jahr 2022 weist der Stellenplan **27,0** Stellen brutto zusätzlich aus. Von den ursprünglichen 27,0 Stellen kann eine Einsparung von **0,5** im Bereich des Personalrates (nicht refinanziert) in Abzug gebracht werden. Ebenfalls können **6,5 Stellen** im Bereich des Jobcenters (teilweise refinanziert) in Abzug gebracht werden. Die Prognose der Bedarfsgemeinschaften konnte auf 6800 Bedarfsgemeinschaften für 2022 gesenkt werden. Ursprünglich ging das Jobcenter von 7350 Bedarfsgemeinschaften für 2021 aus.

Von den **27,0 Stellen** sind zudem **14 Stellen** refinanziert oder zumindest teilweise refinanziert. Insgesamt sind somit rd. 52 % der geplanten Stellenausweitungen refinanziert bzw. teilweise refinanziert. Bei **3,0 dieser Stellen** (Pflege und Wohnberatung, Schulsozialarbeit im „Schulischen Lernort Ahlen“) entfällt zukünftig die Kostenerstattung an Dritte, die die Aufgaben bisher wahrgenommen haben. Dies wird darüber hinaus im Einzelfall zu einer Kostenersparnis führen, da der Kreis die Aufgabe mit eigenem Personal effizienter erfüllen kann. Abzüglich der nicht refinanzierten Stelleneinsparung (0,5) und der Refinanzierungen bzw. entfallenden Kostenerstattungen (17) stehen somit **9,5 Stellen** für den Stellenplan zu Buche.

## II. Die Ausweitung im Stellenplan lässt sich wie folgt begründen:

1. Es soll eine 1,0 Stelle für den Bereich „Social-Media“ entfristet und fest für die **Pressestelle** eingeplant werden. Dies ist notwendig, hat doch die Corona Pandemie gezeigt, wie hoch das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach verlässlichen tagesaktuellen Informationen ist. Auch die Hochwasserkatastrophe aus diesem Sommer zeigte, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade bei Katastrophen am besten über „Social-Media-Plattformen“ zu erreichen sind.  
Die Facebook-Seite des Kreises haben inzwischen mehr als 5.100 Personen abonniert, auf Instagram sind es mehr als 6.600 Abonnenten. Alleine im Jahr 2020 wurden 1.410 „Social-Media-Beiträge“ veröffentlicht. Sie erreichen regelmäßig mehrere Tausend Menschen (der „erfolgreichste“ Beitrag hatte eine Reichweite von 88.500 Personen).  
Der Kreis kommt mit der Einrichtung der Stelle auch dem Wunsch der Politik aus den Planberatungen für das Jahr 2020 nach (Vorlage 227/2019), sich in diesem Bereich besser aufzustellen.
2. Das **Dezernat I** wird mit 4,5 nicht refinanzierten Stellen gestärkt. Die Stellenausweitungen sind im **Amt für Informationstechnik und Digitalisierung** (2,0), im **Amt für Hochbau und Immobilienmanagement** (1,5) und in der **Kämmerei** im Bereich der Wohnbauförderung (1,0) notwendig.

Der Arbeitsumfang im **Amt für Informationstechnik und Digitalisierung** ist erheblich angestiegen. Dies liegt an der fortschreitenden Digitalisierung und der damit einhergehenden Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes. Bis Ende 2022 sollen Bund, Länder und Kommunen alle Verwaltungsleistungen den Bürgerinnen und Bürgern digital anbieten. Auch hat die Ausweitung des Homeoffice (von 119 Plätzen „vor Corona“ auf 389 Plätze Stand September) zu Mehrarbeit geführt. Dieser Trend wird auch weiter anhalten, da die Kreisverwaltung die Möglichkeit des mobilen Arbeitens im Sinne der Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers weiter vorantreiben will.

Das Bauprogramm des Amtes ist nach wie vor ambitioniert. Im Rahmen von Instandsetzungsmaßnahmen im Sinne des nachhaltigen Werterhalts sind die eigenen Kreisliegenschaften im Fokus. Das Volumen der Investitionen in Instandsetzungsmaßnahmen beläuft sich im Plan 2022 auf 2,9 Mio. Euro und ist im Vergleich zu 2021 wieder gestiegen. Um die Umsetzung zu gewährleisten, ist eine Stelle für technische Zeichnungen erforderlich. Diese Stelle hat nicht nur die Aufgabe, neue Planunterlagen o.Ä. zu erstellen, sondern auch die Bestandspläne zu digitalisieren, um dadurch zukünftig auch digital mit Dritten, wie z.B. Architekten, kommunizieren zu können.

Ebenso bedarf es an der Förderschule in Beckum einer 0,5 Hausmeisterstelle, die bereits im Haushaltsplan 2021 mit der Umsetzung des Förderschulkonzeptes angekündigt wurde.

Das Arbeitsaufkommen in der **Kämmerei** im Bereich Wohnbauförderung ist durch den Anstieg des geförderten Wohnens erheblich. Es werden immer mehr Anträge auf Wohnberechtigungsscheine gestellt (2021: 90 Anträge, 2022: geplant 120 Anträge), was nicht zuletzt mit der bekannten Wohnungsknappheit auf dem Markt zusammenhängt. Letztlich führt dies auch zu mehr Kontrollen der Wohneinheiten, so dass eine Ausweitung im Stellenplan für diesen Bereich erforderlich wird.

3. Im **Dezernat II** ist die Ausweitung von 4,5 Stellen geplant. 4 Stellen sind davon teilweise refinanziert und alle Stellen für das **Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr** vorgesehen. Die Brandmeisteranwärter (4 teilweise refinanzierte Stellen) sollen in den Dienst des Kreises übernommen werden. Der Kreis hat bereits in die Ausbildung investiert und macht sich nunmehr die auf dem Markt stark nachgefragte Qualifikation zu eigen. Die Brandmeister sollen in der Leitstelle eingesetzt werden und bei den Tischbesetzzeiten zur Entlastung beitragen. Eine 0,5 Stelle (refinanziert) wird zudem im Rettungsdienst eingeplant. Bisher wurden die Aufgaben einer 0,5 Notarztstelle vom Josephs-Hospital Warendorf wahrgenommen. Stattdessen wird die Aufgabe nun vom Kreis selbst ausgeführt und durch die Rettungsdienstgebühren refinanziert.
4. Im **Dezernat III** wird mit einem Stellenmehrbedarf von insgesamt 14,5 Stellen, davon 8,5 refinanziert, gerechnet. Die Einrichtung der Stellen wird im **Amt für Bildung, Kultur und Sport** (1,5), im **Sozialamt** (1,0), im **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien** (4,5) und im **Jobcenter** (7,5) notwendig.

Das **Amt für Bildung, Kultur und Sport** soll im Bereich der Musikschulverwaltung mit einer 0,5 Stelle gestärkt werden. Die 0,5 Stelle kommt im JeKits Projekt zum Einsatz und ist refinanziert. Eine weitere ganze Stelle ist für die Einrichtung des Medienkompetenzzentrums vorgesehen. Die Notwendigkeit eines Medienkompetenzzentrums und somit der Bedarf an Unterstützung der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer in der digitalen Kompetenzerweiterung wurde durch die Corona Pandemie noch einmal verdeutlicht. Der Aufbau eines Medienkompetenzzentrums wurde bereits im Kreisentwicklungsprogramm 2030plus beschlossen.

Aufgrund der Vertragskündigung des Vereins Alter und Soziales e.V. ist für den Tätigkeitsbereich der Pflege- und Wohnberatung im **Sozialamt** für den Bezirk Ahlen, Drensteinfurt und Sendenhorst die Einrichtung einer Stelle notwendig geworden, die die Aufgaben des Vereins übernimmt. Letztlich kann durch eigenes Personal die Aufgabe kostengünstiger durchgeführt werden, so dass die Vertragskündigung positive finanzielle Auswirkungen hat, auch wenn eine zusätzliche Stelle im Stellenplan einzurichten ist.

Bereits in den Beratungen zum Stellenplan 2021 wurde über die Notwendigkeit der Stärkung des ASD und des Kinderschutzes im **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien** berichtet. Ein qualifiziertes Controlling der Arbeit im ASD muss gewährleistet sein. Aus diesem Grund sind die Koordinatoren im ASD von der Fallarbeit befreit und widmen sich ausschließlich dem Controlling. Um dieses Controlling zu verstetigen, soll eine zusätzliche Stelle zur Entlastung der Koordinatoren eingerichtet werden.

Weitere insgesamt 3,5 Stellen sind ebenfalls im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien eingeplant: Eine 0,5 Stelle ist für den Bereich der Kindertagesbetreuung vorgesehen. Sie soll dort die Qualitätsentwicklung bei den Pflegepersonen im Blick behalten. Diese Aufgabe entstammt dem neuen Kinder- und Bildungsgesetz, ist refinanziert und führt zu Verbesserungen im Rahmen des Kinderschutzes.

Für die Umsetzung des beschlossenen Förderschulkonzeptes sind 3 zusätzliche Schulsozialarbeiter eingeplant. Eine zusätzliche Stelle soll am Standort Beckum der Astrid-Lindgren-Schule ihren Einsatz finden. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Reform des SGB VIII, in der der eigene Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen auch im schulischen Kontext gestärkt wurde, ist der Einsatz der Schulsozialarbeit auch am Standort Beckum notwendig. Die anderen beiden Stellen sind

für den schulischen Lernort in Ahlen vorgesehen. Die dortige Schulsozialarbeit war bislang an das Mütterzentrum Beckum vergeben. Zukünftig will der Kreis eigenverantwortlich die Schulsozialarbeit an den Förderschulen in Kreisträgerschaft und an den Berufskollegs wahrnehmen, so dass die Kostenerstattung an Dritte entfällt. Die Eigenverantwortlichkeit bietet den großen Vorteil der gezielten Steuerung der Schulsozialarbeit.

Im **Jobcenter** ist mit einer refinanzierten Stellenausweitung von 7,5 Stellen geplant. Es handelt sich um die Stellen im Werkcampus, die nunmehr entfristet werden sollen. Politisch wurde hierüber bereits im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung am 15.09.2021 beraten. Die Ausweitung des Werkcampus selbst wurde bereits für das Haushaltsjahr 2021 mit der Einrichtung eines eigenen Produktes beschlossen.

5. Im **Dezernat IV** soll es eine Ausweitung um 2,5 Stellen (2 Stellen im **Bauamt**, eine 0,5 Stelle im **Amt für Umweltschutz und Straßenbau**) geben, wobei 1 Stelle davon refinanziert ist.

2 Stellen sollen im **Bauamt** bei der Umweltüberwachung und dem Immissionsschutz eingesetzt werden. Durch EU-Recht und Landeserlass ist der Kreis verpflichtet, die Umweltüberwachung industrieller und gewerblicher Anlagen zu intensivieren. Hierzu ist eine Stelle im Bereich der Umweltüberwachung nötig.

Im Bereich des Immissionsschutzes ist der Kommunalisierung der Umweltverwaltung Rechnung zu tragen. Die dort bisher tätige Landesbedienstete geht in den Ruhestand und muss durch einen refinanzierten Kreisbediensteten ersetzt werden.

Eine 0,5 Stelle soll im **Amt für Umweltschutz und Straßenbau** eingesetzt werden. Es handelt sich dabei um eine Entfristung der Stelle im Tätigkeitsbereich der Öffentlichkeitsarbeit des Breitbandbüros. Für den Breitbandausbau ist eine kommunikative Begleitung und Vermarktung nach außen weiterhin unentbehrlich. Zukünftig soll diese 0,5 Stelle auch bei weiteren Projekten (z.B. 1.000-Solardächer-Programm im Kreis Warendorf, Steuerung des Mobilfunkausbaus im Kreis Warendorf) für die kommunikative Betreuung der Projekte zuständig sein.

**III. Eine Zusammenfassung ergibt sich aus dem nachfolgenden Säulendiagramm:**

<b>vollständig refinanziert</b>  <b>10,0</b>	0,5 Schule für Musik 0,5 Tagesbetreuung für Kinder* 7,5 Werkcampus 1,0 Immissionsschutz 0,5 Rettungsdienst
<b>teilweise refinanziert</b>  <b>4,0</b>	4,0 Leitstelle
<b>Entfallende Kostenerstattung an Dritte</b>  <b>3,0</b>	1,0 Pflege- und Wohnberatung 2,0 Schulsozialarbeit*
<b>nicht refinanziert</b>  <b>10,0</b>	1,0 Social Media 2,0 Informationstechnik und Digitalisierung 1,0 Wohnbauförderung 1,5 Hochbau und Immobilienmanagement 1,0 Medienzentrum 1,0 Allgemeiner Sozialer Dienst* 1,0 Schulsozialarbeit* 1,0 Umweltüberwachung 0,5 Gigabitbüro

**Demgegenüber stehen die bereits erwähnten Einsparungen:**

<b>teilweise refinanziert</b>  <b>6,5</b>	3,5 Leistungssachbearbeitung 3,0 Integrationsfachkräfte
<b>nicht refinanziert</b>  <b>0,5</b>	0,5 Vorzimmer Personalrat

Die mit \* gekennzeichneten Stellen entfallen auf das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien.

